

Rede zum Antikriegstag 1.9.2024

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde

In welchen Zeiten leben wir? Bilder von Krieg, Zerstörung und Leid sehen wir täglich in massiver Präsenz in unseren Medien. Das unsägliche Leid der Kinder in Gaza und der Menschen in der Ukraine ist erdrückend.

Das verunsichert Kinder und Jugendliche, das macht ihnen Angst und Zukunftsgedanken sind dabei nicht rosig.

Pistorius (SPD) will unser Land „kriegstüchtig“ machen und alle ziehen mit: Scholz (SPD), Baerbock (Grüne), Hofreiter (Grüne)...und jetzt auch Bildungsministerin Stark Watzinger (FDP). Sie will an den Schulen Katastrophenalarme zur Wehr- und Kriegsertüchtigung durchführen und die Kinder mit Übungen für den Krieg traktieren. „Alles fürs Militär“ – das schlägt uns überall entgegen. Riesige Werbung der Bundeswehr auf Bussen, Straßenbahnen, Plakatwänden - „Wir. Dienen. Deutschland“ , „Mach‘, was wirklich zählt“ - gehört inzwischen zum Alltagsbild unserer Städte.

Im Jahr 2023 hat die Bundeswehr ca 2000 Minderjährige rekrutiert. Was passiert mit diesen jungen Menschen, die dem Druck und Drill überhaupt nicht gewachsen sind.

Jugendliche gehören in Bildungseinrichtungen und nicht Kasernen, sie brauchen keinen militärischen Drill und auch nicht den Gehorsam, ohne Verstand auszuführen, was ihnen befohlen wird.

Wir brauchen gut ausgebildete junge Menschen, die ihr Wissen und ihre Kompetenzen mit frischem Schwung in die gesellschaftliche Entwicklung einbringen und dabei einen kritischen Blick entwickeln. **Wir wollen**, dass die Kinder und Jugendlichen zu mündigen Bürgern erzogen werden, die sich gegen Krieg, Not und Unterdrückung und für ein friedliches Zusammenleben der Völker und Nationen einsetzen. Dafür treten wir ein!

Jugendoffiziere besuchen verstärkt die Schulen, Soldatinnen und Soldaten erklären Krieg und werben indirekt für eine Karriere in der Bundeswehr.

Aber: Unterricht über Krieg und Frieden muss von uns Lehrerinnen und Lehrern gehalten werden und nicht von Militärs und Jugendoffizieren.

„Die politische Bildung, auch in Fragen der Sicherheitspolitik, gehört in die Hand der dafür ausgebildeten pädagogischen Fachleute und nicht in die von Jugendoffizieren«, so Monika Stein, die Landesvorsitzende der GEW.

Wir sind nicht Lehrerin oder Lehrer geworden dafür,
- dass die Schule zum Hort einer kommenden Mobilmachung der Jugend für den Krieg gemacht wird,

- dass wir in einem dritten Weltkrieg landen mit unseren Kindern und Jugendlichen als Kanonenfutter der Militärs.

Die Milliarden für die Rüstung und Militarisierung der Gesellschaft – diese Milliarden fehlen in der Bildung und nicht nur dort.

Die derzeitige Bildungssituation ist alles andere als rosig. Es fehlen Lehrkräfte und Erziehungspersonal,

die Schulen sind oft in einem baulichen Zustand, in dem ein Lernen und Leben nicht angemessen möglich ist.

Deshalb brauchen Schulen Geld und Fürsorge für Bildung statt Verschwendung von Milliarden für Waffen.

Konflikte können nicht durch Waffen gelöst werden. Um Konflikte zu lösen muss miteinander gesprochen werden, das ist schon ein großes Thema in der Grundschule. Nicht mit Waffen, sondern Verhandlungen sind der Weg, Kriege einzustellen.

Für gute Zukunft und Sicherheit durch Bildung.

Für Solidarität statt Atomkriegsgefahr

Waffenstillstand sofort für Gaza und die Ukraine

Deutschland muss friedensüchtig werden